

# Danziger Zeitung.



# Beitung.

Nr. 19323.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben- gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 22. Januar. (Privatelegramm.) Der Häuptling Mandara von Moschi am Kilimandscharo ist gestorben. Sein ältester Sohn hat die Häuptlingswürde übernommen.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 22. Januar.

## Das erste Gesetz um das Volkschulgesetz.

Da Reichstag und Landtag dieses Mal gar keinen Versuch gemacht haben, den zwei Parlamenten angehörenden Abgeordneten die Erfüllung ihrer Mandatspflichten zu ermöglichen, so hat der Reichstag selbst gestern während der ersten Berathung des Staats im Abgeordnetenhaus seine Arbeiten fortgesetzt. Im Reichstage wurde das Uebereinkommen mit Oesterreich-Ungarn betreffend den Patent-, Muster- und Markenschutz nach längerer Discussion an eine Commission verwiesen, deren Hauptaufgabe wohl sein wird, die über das jetzige Uebereinkommen hinausgehenden Wünsche zu formulieren. Bei den dann folgenden Wahlprüfungen gelang es den Conservativen, das Mandat des Abg. v. Saldern-Ahlüm zu retten. Mit 112 gegen 95 Stimmen wurde das Mandat für gültig erklärt, obgleich bei einer Prüfung der Wahlzettel in der Wahlprüfungs-Commission festgestellt worden ist, daß die Zettel für v. Saldern an der Farbe unrichtig von den anderen zu unterscheiden sind, daß sie also nicht der Bestimmung des Wahlgesetzes entsprechen, wonach sie kein äußeres Kennzeichen haben dürfen. Ob die v. Saldernschen Zettel „weiß“ sind, oder nicht, darüber zu streiten verloht sich nicht; jedenfalls waren sie auf den ersten Blick an ihrer Färbung erkennbar. Die Majorität aber war der Ansicht, die Zettel seien „weiß“ und stimmten für Gültigkeit der Wahl — ein Vorgang, der ganz geeignet ist, die gestrigen Verhandlungen über den Antrag Barth-Rickert betreffend die Abgabe des Wahlzettels in einem seitens der Behörde gefaserten Couvert zu illustrieren.

Der Schwerpunkt der parlamentarischen Verhandlungen aber lag gestern im Abgeordnetenhaus, wo der Staat zur Berathung stand und der Abg. Rickert den ersten kräftigen Vorstoß gegen die wichtigste Vorlage der Gessell, das Volkschulgesetz, unternahm. Es kam dabei schon zu recht dramatischen Scenen; helle Streiflichter fielen auf die Situation, einen lebhaften Kampf in Aussicht stellend, in welchem jedenfalls alle Liberalen, die Freisinnigen und Nationalliberalen, einmütig zusammenstehen und wahrscheinlich die Freiconservativen zu Bundesgenossen haben werden.

Abg. Rickert beleuchtete zunächst die ungünstige Finanzlage namentlich mit Rücksicht auf die Eisenbahnverwaltung und bedauerte, daß die zugesagte Tarifreform nicht zur Durchführung gelange. Die bösen Folgen der Eisenbahnverstaatlichung seien jetzt schon so schroff hervorgetreten, daß sogar der Abg. Hammacher die Frage aufgeworfen habe, ob die Staatsbahnen zu verpachten oder zu verkaufen seien. Er erklärte, er habe nicht erwartet, daß der Minister Caprivi einen so unglücklichen Tag erleben würde, wie den der Einbringung des Volkschulgesetzes. Mit dieser Vorlage werde der Weg des Verderbens beschritten. Es handle sich um den Kampf der Staatschule gegen die Kirchschule. Er habe eine solche Schwenkung in Jahresfrist nicht für möglich gehalten. Am 13. Dezember 1890 bei der Einbringung des Gothaerischen Entwurfs habe Ministerpräsident v. Caprivi erklärt, im Entwurf sei die Regierung den Religionsgesellschaften so weit entgegengekommen, wie mit der Verfassung verträglich, und jetzt ist der neue Entwurf, der die Schule der Kirche überläßt, nur eine lokale Durchführung der Verfassung! Er hoffe, daß nicht nur die Liberalen, sondern auch ein Theil der Rechten gegen das Gesetz stimmen werde.

Nicht recht verständlich waren Caprivi's Ausführungen. Graf v. Caprivi, der bekanntlich neulich am Ministertisch durch seine Abwesenheit glänzte, als Graf Jellitz das bereits vertheilte Gesetz noch einmal „einbrachte“, um den schlimmen Eindruck, den dasselbe hervorgebracht, zu paralyzieren, war gestern erst während der letzten Sätze der Rickert'schen Rede erschienen, wartete dann aber, bis Frhr. v. Huen mit seiner Rede auf das Gesetz fertig war und erklärte in aller Ruhe, die Lage der Dinge bringe es nun einmal mit sich, daß die „monarchistische Regierung“ sich je nachdem, heute auf diese, morgen auf eine andere Partei stütze, und das „Gute“ nehmen müsse, wo sie es finde. Und damit nur ja niemand über die eigentliche Sachlage im Zweifel blieb, erinnerte Graf Caprivi daran, daß jede Partei „gewisse wirthschaftliche Momente“ hervorzuheben bemüht sei, während die Regierung das „Ganze“ berücksichtigen müsse. Kein Wunder, daß das Centrum, welches doch sonst ein Herz und eine Seele mit den Conservativen zu sein schien, es den letzteren überließ, dem Ministerpräsidenten Beifall zu zollen; offenbar, weil der Reichskanzler es sorgsam vermieden hatte, zu dem Volkschulgesetz selbst Stellung zu nehmen; er stellte nur in Abrede, daß in der Politik der Regierung eine Schwankung nach der Centrumseite eingetreten sei. Der Cultusminister selbst suchte sich mit den bekannten Redensarten von Ausführung der Verfassung, Codifizierung der bestehenden Verwaltungspraxis aus der Verlegenheit zu ziehen. Als aber nach einer langen Zwischenrede des Finanzministers der nationalliberale Abg. Hobrecht zu Wort kam, wird Graf Jellitz sich nicht verhehlt haben,

dass er aus dem Regen in die Traufe gerathen sei. Hobrecht bezeichnete das Schulgesetz rundweg als Ausführung des Schulantrages Windthorst und appellirte an die Conservativen. Dieses Gesetz vergaß sich Graf Jellitz und erklärte nun heraus, das Gesetz unterscheide sich von dem Antrag Windthorst dadurch, daß das in diesem geforderte absolute freie Ermessen der kirchlichen Organe durch die staatliche Genehmigung und Einwirkung beschränkt sei oder besser: befränkt werden könne, sobald die kirchlichen Organe unsfriedlich seien. Wie lange wird dieser Frieden dauern?

## Das Transatlager-Gesetz.

In die Commission zur Vorberathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Anwendung der vertragsmäßigen Zollsätze auf das auf Transatlager befindliche ausländische Getreide ist der Abg. Dr. Baumgärtner eingetreten. Die freisinnige Partei ist somit in der Commission vertreten durch die Abgg. Dr. Barth, Dr. Baumgärtner, Brömel, Rickert und Dr. Witte, wonach die betreffende Notiz in der heutigen Morgenausgabe zu berichtigen ist.

Die schon erwähnten Anträge des Abg. Grafen Stolberg haben folgenden Wortlaut:

1) Den vorliegenden Gesetzentwurf in folgender Gestalt anzunehmen:

Die Bestände von ausländischem Getreide (Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Mais und Hülsenfrüchten), welche nach amtlicher Feststellung am 1. Februar 1892 innerhalb des deutschen Zollgebiets in Freiwilligen (Freizeichen), in öffentlichen Zollniederlagen, in Privatlägern unter amtlichem Mittverschluß oder in gemischten Privat-Transatlägern ohne amtlichen Mittverschluß, sowie in den deutschen Zollauslässen vorhanden sind, sowie die Bestände an ausländischem Getreide und Mehl, welche sich im Besitz des Inhaber eines Mühlencontos befinden, werden bis zum 30. April 1892 einschließlich ohne Nachweis der Abstammung aus Vertragsländern oder meistbegünstigten Ländern zur Entrichtung der für diese Getreidearten am 1. Februar 1892 in Kraft tretenden ermäßigten Zollsätze zugelassen.

Die gleiche Begünstigung gilt für die am 1. Februar 1892 auf Privat-Transatlägern befindlichen Bestände von Bau- und Ruhholz.

Die Anwendung des ermäßigten Zollsatzes findet auch auf sämtlichen ausländischen Mais statt, welcher bis zum 30. April d. J. eingeführt wird.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft.

2) Folgende Resolution anzunehmen:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dahin Fürsorge zu treffen, daß die ermäßigten Zollsätze beim Zollbefreiungen nur für diejenigen Waaren zur Anwendung gelangen, welche tatsächlich aus Vertragsländern oder meistbegünstigten Ländern stammen. Darnach ist, wie in unseren heutigen Morgen-telegrammen schon hervorgehoben war, in der That wohl kein Zweifel mehr, daß das Gesetz auf Holz und Mühlens ausgedehnt werden wird; denn daß das Plenum sich den Beschlüssen der Commission anschließen wird, nehmen wir hierbei als selbstverständlich an. Hoffentlich gelingt es nun auch noch, eine Hinausschiebung des Termines, deren Notwendigkeit wir neulich (in Nr. 19315) dargelegt haben, zu erzielen.

In der gestrigen Abendsitzung der Commission wurde auf eine Anfrage des Abgeordneten Grafen Ramík vom Schatzsecretär v. Malzahn die Erklärung abgegeben, daß Ende Dezember ungefähr folgende Bestände in den Lägern vorhanden waren: Weizen 4 Mill. Doppelcentner, Roggen 1½ Mill. Doppelcentner, Hafer 168 000, Gerste 158 000 und Mais 428 000 Doppelcentner. Wesentlich beteiligt hieran ist auch Mannheim.

Über den weiteren Verlauf der Verhandlungen ging uns heute folgende Drahtmeldung zu:

Berlin, 22. Januar. (Privatelegramm.) Die Commission zur Vorberathung des Transatlagergesetzes verhandelte gestern bis 11 Uhr Abends. Heute Vormittag 10 Uhr wurde die Berathung fortgesetzt. Die gestrige Discussion bezog sich wesentlich auf die Mühlen. Abg. Brömel brachte einen Antrag ein, welcher dem Stolbergschen gleich, aber nach der Erklärung des Staatssecretärs in der Fassung correcter ist. Der Schatzsecretär v. Malzahn hob hervor, daß er vor der 2. Lesung über die Meinung des Bundesrates über den Antrag noch nichts Bestimmtes sagen könne. Eine Majorität für die Anträge ist zweifellos. Der Bundesrat wird sich voraussichtlich dem Commissions-Votum anschließen. Heute wurde verhandelt über den Antrag Rickert, den Termin auf den 1. August auszudehnen, und über die Anträge betreffend Holz.

Beim Schlusse der Redaktion traf noch folgende Meldung ein:

Berlin, 22. Januar. (Privatelegramm.) Bei der Abstimmung wurde beschlossen, alles Getreide bis zum 30. April, Holz- und Weinbestände aus den Transatlägern bis zum 1. Juli zu den ermäßigten Sätzen im inländischen Verkehr zuzulassen, ebenso Mühlensbestände bis zur Abrechnung. Morgen findet die zweite Lesung statt.

## Die Volkschulvorlage und das Staatsministerium.

Die „Nordd. Allg. Zeitg.“ erfreut sich darüber, daß die Agitation gegen das Volkschulgesetz sich auch des Mittels bediene, angeblich dissenzirende Stimmen aus dem Staatsministerium zu ihren Gunsten ins Gesetz zu führen. Sie erwähnt alsdann, welche Minister als Gegner des Gesetzes

genannt worden sind und schließt dann: „Bei der Art, mit welcher solche Vorlagen im Schoße der Staatsregierung vorbereitet werden, ist es nicht wahrscheinlich, daß eine authentische Auskunft über das Votum der verschiedenen Reforts erhältlich werden wird; wir erwähnen die obigen Glosirungen auch nur, um zu zeigen, mit welchen Mitteln die „liberale“ Presse (die erste Notiz, daß zwei Minister gegen das Gesetz gestimmt hätten, brachte bekanntlich die „Nordd. Allg. Zeitg.“) gegen eine ihr unbehagliche Vorlage — arbeitet.“ Eindruck würde diese Auslassung nur dann machen, wenn die „Nordd. Allg. Zeitg.“ in der Lage wäre, zu versichern, daß über das Volkschulgesetz innerhalb des Staatsministeriums keinerlei Meinungsverschiedenheiten beständen und daß das Staatsministerium dem Gesetzentwurf einstimmig zugesagt habe. Dazu ist das Blatt aber nicht in der Lage.

## Die Steuerfreiheit der Standesherrn.

Die Ankündigung der Thronrede, daß dem Landtage der Entwurf eines Gesetzes wegen Gewährung einer Entschädigung für die Aufhebung der den Häuptern und Mitgliedern der Familien vormalis unmittelbarer deutscher Reichstände zustehenden Befreiung von Einkommensteuer vorgelegt werden solle, ist nicht ohne Wirkung geblieben. Die Verhandlungen mit den Beteiligten haben nach Eröffnung des Landtages begonnen; das Ergebnis steht jedoch, „Auszug“, zu folge, noch immer aus. Da die Herren jetzt wissen, daß die Entschädigung eventuell ohne ihre Mitwirkung festgesetzt wird, so werden sie sich schon fügen.

## Die deutsche Schiffbau-Industrie

ist trotz ihrer stetigen Entwicklung noch immer nicht im Stande, den Bedarf der einheimischen Reederei an großen, seetüchtigen Fahrzeugen voll zu decken. Alljährlich gehen der Zahl wie dem Werthe nach nicht unerhebliche Aufträge nach England, dessen in großerartigem Stile angelegten und fungirenden Werften auch dem flottesten Geschäftsgange durchaus gewachsen erscheinen. Unter den auswärtigen Kunden des englischen Schiffbaues steht Deutschland in erster Reihe. Für deutsche Rechnung wurden vergangenes Jahr nicht weniger als 16 000 Tons bei englischen Schiffbauern in Bestellung gegeben, dann folgten Russland und Griechenland mit je über 12 000 Tons. In Deutschland selbst wurden voriges Jahr an Seeschiffbauprojekten für den Bedarf der Reederei etwa 28 000 Tons hergestellt. Nächst England, das mit seiner Jahresleistung von beinahe 800 000 Tons allerdings einen ganz kolossalen Vorprung hat, ist Deutschland das Land Europas, wo die Schiffbau-Industrie am besten entwickelt ist; neben ihm kommt bloß noch Norwegen einigermaßen in Betracht. Es erscheint bemerkenswerth, daß das Bedürfniß nach Segelschiffen, welches eine Zeit lang auszufließen Miene machte, sich jetzt wieder lebhafter regt. Im letzten Jahr hob sich der Segelschiffbau von 9 auf 25 Proc. der Gesamtleistung.

## Die Handels-Verträge im österreichischen Herrnhause.

In dem Bericht der österreichischen Herrenhaus-Commission über die Handelsverträge wird die erfreuliche Thatsache hervorgehoben, es sei bei Österreich-Ungarn gelungen, mit dem politisch eng verbündeten Deutschland die Führung zur Herstellung eines neuen mitteleuropäischen Handelsystems zu übernehmen. Hinsichtlich des deutschen Vertrages spricht der Bericht die Befriedigung über die Bestimmung der gegenseitigen Unterstützung betrifft des Eisenbahnlaries aus. Da der freie Verkehr des österreichischen Viehexportes in Deutschland erst dann eintrete, wenn die österreichischen Verfügungen des Seuchengesetzes den bezüglichen deutschen Vorschriften gleichgestellt werden, so wünscht der Bericht, daß die hierfür nötigen gesetzlichen Maßnahmen so bald wie möglich in Wirklichkeit treten; ferner wird die Regelung des Geldwedges baldmöglichst für wünschenswerth erklärt. In Anbetracht, daß in der Stetigkeit und der Aussicht auf Schaffung einer lohnenden Arbeit ein segensreiches Ereignis zu erblicken sei, daß die Regierung entschlossen sei, Vertrags-Verhandlungen mit anderen Staaten baldigst aufzunehmen, daß die Ausdehnung des Bundesrates über den Antrag noch nichts Bestimmtes sagen könne. Eine Majorität für die Anträge ist zweifellos. Der Bundesrat wird sich voraussichtlich dem Commissions-Votum anschließen. Heute wurde verhandelt über den Antrag Rickert, den Termin auf den 1. August auszudehnen, und über die Anträge betreffend Holz.

Beim Schlusse der Redaktion traf noch folgende Meldung ein:

Wie man aus dem Haag schreibt, wird sich die niederländische Kammer bald nach ihrem Wiederzusammentreffen mit der Vorlage betreffend die allgemeine Wehrpflicht zu beschäftigen haben, deren Einführung mit einer Dienstzeit von 8 Jahren vorgeschlagen wird. Obgleich die Vorlage bei den ultramontanen Parteien noch immer einem starken Widerstand begegnet, sei doch Aussicht vorhanden, daß sie vielleicht in modifizierter Form zum Gesetze wird. Eine Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht auf den Colonialdienst ist nicht in Aussicht genommen.

## Die allgemeine Wehrpflicht in Holland.

Der von dem heisblütigen Minister Constance so arg mishandelter französischer Deputirte Laur hat vorgestern Abend Constance seine Zeugen geschickt. Letzterer ließ antworten, daß er nach den Ausflügen seines Gegners und nach der Veröffentlichung der zwischen Laur und Rochefort

ausgetauschten Telegramme Abstand nehme, mit den Vertretern Laur in Unterhandlung zu treten. Gleichzeitig mit der Entsendung seiner Zeugen zu Constance benachrichtigte Laur die Staatsanwaltschaft, daß er gegen Constance eine Anklage wegen eines Verbrechens einreichen werde, welches dieser während der Ausübung seines Amtes begangen habe. In Abgeordnetenkreisen fragt man sich, ob Laur hierbei die ihm zugefügten Thätsachen als ein Verbrechen bezeichnete oder ob er auf die Anschuldigungen des „Intransigeant“ gegen Constance anspricht. Im ersten Falle würde es sich nur um ein einfaches Vergehen, nicht um ein Verbrechen handeln; im letzteren Falle stände nach Meinung der Deputirtenkreise das Recht der Einleitung eines Verfahrens nur dem Gericht zu.

Die Erklärung der französischen Cardinale wird in republikanischen Kreisen ungünstig aufgenommen. Die gemäßigten republikanischen Blätter halten diese Aufführung für inopportunit. Die „Liberé“ äußert die Befürchtung, dieselbe werde, anstatt zur Verhüttung beizutragen, nur den Zorn der Radikalen erregen. Der „Temps“ sagt, gegenüber der Behauptung, daß die Erklärung die Tendenz des Schreibens wiedergebe, in welchem der Papst dem Erzbischof von Paris entschieden eine Politik des Ausgleichs zwischen Clerus und Republik empfohlen hätte, halte er dies in Anbetracht der bisherigen Haltung des Papstes für unwahrscheinlich. Es scheine fast, als hätten die Cardinale den Instruktionen des Papstes wider gehandelt. Von radikalischer Seite wird die Aufführung geradezu eine Kriegserklärung an die Republik genannt.

## Kämpfe im französischen Sudan.

Eine amtliche Depesche aus dem französischen Sudan meldet, Oberst Humbert habe seine Operationen gegen Samori, welcher sich auf der Flucht befindet, begonnen. Eine französische Abteilung besetzte nach zwei Gefechten am 12. d. Bissandouhon. Bei der Abteilung wurden fünf Europäer getötet, 4 verwundet.

## Silberprägung in der Union.

Die Münz-Commission des amerikanischen Repräsentantenhauses wird sich am 2. Februar darüber schlüssig machen, ob dem Repräsentantenhaus ein Gesetzentwurf, welcher die freie Silberprägung gestattet, vorgelegt werden soll. Man glaubt, daß die Majorität der Commission für die Vorlegung stimmen werde.

## Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 21. Januar.  
Nachdem der Minister Herrfurth die Interpellation des Abg. v. Czerny wegen Gehemdhaltung der Steuererschließungen beantwortet (worüber bereits in der heutigen Morgen-Nummer telegraphisch berichtet ist) tritt das Haus in die 1. Sitzung des Staats. Abg. Rickert: Das Bild, welches der Finanzminister über die Finanzlage gegeben hat, war kein besonders günstiges. Wir haben seit der Verstaatlichung der Eisenbahnen das Schicksal der preußischen Finanzlage vorausgesagt. Man ist uns aber immer entgegentreten. Wir haben stets darauf hingewiesen, daß der Eisenbahnminister auch der Finanzminister ist. Im Jahre 1889 war noch ein Überschuss aus den Eisenbahnen von 97 Mill. vorhanden, 1890 von 11 Mill., jetzt ist ein mögliches Deficit von 24 Mill. vorhanden. Dieses Resultat ist für uns keine Überraschung. Der Finanzminister ist selbstverständlich stets mehr in der Lage, die wirkliche Finanzlage richtig zu beurtheilen als wir. Jetzt kann niemand von uns ein richtiges Bild derselben gewinnen. Der Finanzminister weist auf das Bedenken des Minderüberschusses von 42 Millionen beim Eisenbahnen in den laufenden Jahre hin. Woher kommt man dann aber zu der rosigsten Ansicht, daß im nächsten Etatsjahr aus den Eisenbahnen 36 Millionen mehr herauskommen werden? Ich möchte den Finanzminister bitten, uns mehr Material zur Beurtheilung des Verhältnisses der Steuererhebung der Einnahmen und Ausgaben bei den einzelnen Titeln des Eisenbahnnetzes zu geben. Wenn sonst der Finanzminister von den Überschüssen der Eisenbahnverwaltung sprach, dann hört man auf seiner Seite (rechts) immer das hört! hört! und die Freunde der Verstaatlichung standen auf und sagten: Wo wären wir hingekommen ohne die Verstaatlichung? Nun, diese Herren werden immer vereinsamt. Herr Hammacher denkt heute ganz anders darüber als früher: Das hört! hört! auf jener Seite war bei den letzten Sitzungen des Finanzministers nur zu vernehmen, als er aussprach, daß die Domänenverwaltung 240 000 Ma. Domänenannahmen hatte. Das richtet sich freilich gegen uns im Reichstage drüber, gegen unsere Sitzung zu den Handelsverträgen, gegen unsere Absicht, die Landwirtschaft zu ruinieren. (Heiterkeit links.) Das hört! hört! bei den Ergebnissen der Eisenbahnverwaltung ist aber verschwunden. Sehr erwüns

sein Staatsconcept umwerfen läßt. Aber sehr bedauern würden wir es, wenn der Finanzminister etwa das Hindernis einer Tarifreform wäre. Eine solche bringt nicht nothwendig eine Verminderung der Einnahmen mit sich, sondern sie läßt eine Vermehrung derselben erwarten. Was die Leistungen der Privatbahnen betrifft, so will ich nur darauf hinweisen, was die kleine Strecke Marienburg-Märkisch nach Erhol des Getreideausfuhrverbots in Rußland geleistet hat. Der Abg. Hammacher hat neulich gefragt, man sei seid, daß man die Eisenbahnen entweder verpachten oder verkaufen müßte. Das haben wir von Ihnen nicht erwartet. (Heiterkeit.) Wir müssen die Einwirkung des Finanzministers wünschen. Ich mache dem Finanzminister aber einen Vorwurf daraus, daß er die einzige Gelegenheit, die er hatte, seine Einwirkung zu stärken und sich eine Schutzeinrichtung in der Landesvertretung zu schaffen, nicht ergreifen hat. Er hat unser Verlangen nach Quotierung der Einkommensteuer nicht unterstützt. Jetzt mag er die Folgen fragen, wenn er den Forderungen seiner Collegen nicht nachkommen kann. Ich muß sagen, daß ich unter diesen Umständen den letzten Paragraph des Schulgesetzes, wonach 9 Mill. aus dem Einkommensteuergesetz vormer für dieses Gesetz verwendet werden sollen, mit einiger Schadenfreude begrüße. Im vorigen Jahre wurde beschlossen, daß alles, was über 80 Mill. einkommt, thesauriert werden solle, und jetzt kommt der Finanzminister mit dem Cultusminister und nimmt mit Eleganz 9 Mill. aus den thesaurierten Millionen weg. Das nennt man Gesetzesgebung! Aber Ihnen (rechts) ist recht geschehen. Warum werden Sachen beschlossen, die nicht durchführbar sind? Bei dem Einkommensteuergesetz beklage ich besonders, daß man den Landräthen die Stelle der Vorsitzenden in den Einschätzungscommissionen gegeben hat, denn dieses Amt erfordert die ganze Kraft eines Mannes. — Was dann den Domänenetat betrifft, so können die Agrarier aus der demselben beigegebenen Verpachtungsliste kein Kapital für sich schlagen. Wenn da mit 80 000 Mk. Ausfällen gerechnet wird, so ist das ein geringer Betrag. Vergesse man doch nicht, daß viele Domänen zu thieuer bezahlt sind. So ist in einem Falle das Fünftzehnte des Grundsteuerreinertrages als Pacht bezahlt worden, daß ist viel zu viel. — Bei der landwirtschaftlichen Verwaltung fällt uns eine Mehrausgabe von 150 000 Mk. auf für die Förderung landwirtschaftlicher Zwecke in den östlichen Provinzen. Das ist die Frucht der Ministerreise, die in der offiziösen Presse so viel Euphorie gemacht hat. Wenn ein paar so mächtige Minister in Compagnie eine Reise machen und mit den Regierungskollegen über den Nothstand discutiren, so werden die Provinzen unwillkürlich, nun wird uns wirklich gehofft, 150 000 Mk. für Förderung landwirtschaftlicher Interessen doch aber keine Hilfe. Wenn Sie aber etwa meinen, daß die Einführung der Staffeltarife für die östlichen Provinzen eine Wohlthat sei, so befinden Sie sich in einem großen Irrthum. Selbst die einsichtigen Agrarier sagen, daß damit ein besserer Absatz nach dem Westen nicht herbeigeführt wird. Damit beeinträchtigen und schädigen die Handelsstädte, den Transitverkehr durch den Staffeltarif. Man hat dann in agrarischen Kreisen eine Wohlthat gesehen in der Einführung der Staffeltarife, die uns jedoch nur das ausländische Getreide billig ins Land und nach dem Westen bringen. Das erinnert mich an die Wunderdoctoren, denen die Leute in die Buden hineinstürmen. Solchen Wunderdoctoren auf wirtschaftlichem Gebiet sollten die Minister nicht so schnell Gehör geben! — Von den Handelsverträgen haben die Conservativen eine Schwächung der militärischen und maritimen Kraft Deutschlands prophezeit. Nun, auf den Getreidebößen ruht diese Kraft nicht. Wir haben vom Finanzminister gehört, daß der Ausfall für Preußen nur auf 1 700 000 Mk. geschägt wird, während den Hauptausfall die Kreise zu tragen haben. Da zeigt sich die Wirkung der lex Huene, deren Aufhebung ich mit Freuden begrüßen würde. — Die Einwirkung des Finanzministers habe ich namentlich vermieden in Bezug auf die Aufbesserung der Beamtengehälter. Diese wird mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage zurückgestellt, aber ist es unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl richtig, daß man leichtens herzens eine Ausgabe für den Dom in Berlin hergibt, die den Staat auf zehn Jahre mit je 1 Million belastet? Sie haben den unteren Beamten seierliche Versprechungen gemacht. Warum denn der 1½ Mill. als Staatszuschuß zur Ablösung der Stolgebühren, in Bezug auf welche der Finanzminister die rechtliche Verpflichtung stets bestritten hat? Wir freuen uns, daß der Welfenfonds endlich in andere Bahnen gekommen ist. Nach den Ausführungen des Ministerpräsidenten könnten wir erwarten, daß die offiziöse Presse aufhören würde. Herr v. Caprivi sagte 1890, daß aus seinem Reisebericht keine einzige Nachricht in der Presse gekommen sei und daß es vermutlich so bleiben werde. Nun aber kommen täglich in erkennbarer Weise Nachrichten in die offiziöse Presse, nicht nur in die Spalten der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Ich glaube zwar nicht, daß der Reichskanzler die Gründung einer conservativen Zeitung aus dem Welfenfonds unterstützen will; das anzunehmen wäre eine Beleidigung gegen ihn nach seinen früheren Ausführungen. Darüber bin ich, und ich glaube die Mitglieder aller Parteien, ganz beruhigt. Ich habe auch eine entgegensehende Nachricht, sofort als sie in einer mir nahe stehenden Zeitung auftrat, für ungünstig erklärt. Aber im übrigen geht es mit einzelnen Offiziellen doch wieder so wie im alten Cours. (Sehr richtig! links.) Welches Schauspiel hat der Cultusminister der Welt geliefert mit den offiziösen Mittheilungen des Inhalts des Volkschulgesetzes! Da hört wirklich alles auf! (Sehr richtig! links.) Früher, in der Bismarckischen Zeit, waren wir oft offiziell einander angreifen. Das hatte aber alles seinen Zweck. Sie sind nicht so sein diplomatisch. (Heiterkeit) Lassen Sie davon! Das verstehen Sie wirklich nicht so gut, wie die Herren vor Ihnen. (Heiterkeit) Mit solchen Dingen wird einer Regierung nicht geholfen. In der inneren Politik muß die Regierung offen und ehrlich unter ihrer Firma sagen, was sie will. (Beifall links.) Zum Schluss nur wenige Worte über das, was uns jetzt am schmerzlichsten bewegt. Ich habe nicht geglaubt, daß das Ministerium v. Caprivi einen so unglücklichen Tag haben werde, als den, wo es das Volkschulgesetz annahm. (Sehr wahr! links und bei den Nationalliberalen. Lärm im Centrum und rechts.) Ich glaube, daß die Herren Minister sich nicht der Consequenzen bewußt gewesen sind. (Sehr richtig! links und bei den Nationalliberalen. Lärm rechts und im Centrum.) Ich nehme das zu ihrem Besten an. Es ist mir unbegreiflich, wie dasselbe Collegium, welches durch den Mund des Ministerpräsidenten am 13. November 1890 den Sokler-schen Entwurf vertheidigte, in der nächsten Session einen Entwurf einbringen kann mit Änderungen, die absolut nicht zu den früheren passen (Sehr wahr! links), die sich gegenseitig aufheben (Oho! im Centrum), die unser Schlußwort auf eine Bahn bringen, die zum Verderben des Vaterlandes führt. (Lebhafte Bravos links und bei den Nationalliberalen. Lärm im Centrum und rechts.) Wir werden einen Kampf zu führen haben der Staatschule gegen die Archenschule. (Lebhafte Zustimmung links und bei den Nationalliberalen. Gelächter im Centrum und rechts.) Wenn Sie das Gesetz kraft Ihrer Majorität durchbringen, dann wird das Volk, nicht bloß die Liberalen, sondern weit hinein in die Reihen rechts, gegen dieses Gesetz so lange anstürmen, bis es am Boden liegt. (Lebhafte Beifall links, Lärm im Centrum.) Es ist traurig, daß eine offiziöse Wiener Zeitung uns sagen muß: wir sind zu den Jetten des alten Bundestages und der heiligen Allianz zurückgekehrt. (Hört! hört! links.) Ich kann sagen, ich habe den Tag mit Freuden begrüßt, als das Ministerium Caprivi eintrat. Das habe ich nicht geglaubt, daß wir auf einem der wichtigsten Gebiete im Laufe eines Jahres einen solchen Umschwung der Anschaungen erleben werden. (Sehr wahr! links.) Wir sind nicht neugierig, wer von den Ministern dafür gestimmt hat, aber die traurige Thatache, daß dieses Gesetz von demselben Ministerium

eingebracht ist, welches im vorigen Jahre ein ganz anderes Gesetz einbrachte, steht fest. (Cultusminister Graf Edith lacht.) Dem Cultusminister wird das Lachen schon vergeben. (Sehr wahr! links, Lärm im Centrum und rechts); das ist ein Beweis, wie wenig der Cultusminister gewußt hat, was er that. (Lärm im Centrum. Zustimmung links und bei den Nationalliberalen.) Sie haben die Absicht, die Schulen der Kirche zu überliefern. (Lärm im Centrum. Zustimmung links.) Das wird Ihnen nicht gelingen. Ich bin fest überzeugt, daß gegen dieses Volkschulgesetz alle Liberalen einmütig zusammen treten werden. Ich begrüße es, daß die Liberalen in einer wichtigen Staatsausgabe wieder einmal Hand in Hand gehen (Beifall bei den Nationalliberalen), das wird hoffentlich gute Früchte tragen. (Ministerpräsident Graf Caprivi betrifft den Saal.) Ich bedauere es, daß Herr v. Caprivi, über dessen Eintritt in das Ministerium wir uns freuten (Hört! hört! rechts), den wir zu unterstützen erklären, wo es sich um das Wohl des Vaterlandes handelt, diese Frontveränderung vorgenommen hat. (Sehr wahr! links.) Es bleibt uns nichts übrig, als den uns aufgeworfenen Kampf aufzunehmen. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, ein Gesetz, welches den alten Trüberianischen Grundsätzen hohnspricht, zu verteilen. (Lebhafte Beifall links und bei den Nationalliberalen. Lärm und Lärm rechts und im Centrum.)

Abg. v. Huene (Centr.): Was thut denn das Volkschulgesetz? Es läßt die Einwirkung der Kirche auf die Schule zu, wie die von uns beschworene Verfassung es bestimmt. Sie wollen aber das Christenthum aus der Schule heraus haben. Sie wollen die Staatschule, wir wollen aber auch das Christenthum in der Schule. (Lebhafte Widersprüche links.) Wenn ein Schulgesetz nach Ihrem Herzen (links) zu Stande kommt, dann wird in wenigen Jahrzehnten die Socialdemokratie über die heutige Gesellschaftsordnung zur Tagesordnung übergehen. (Großes Gelächter links; Beifall im Centrum, Zuruf bei den Nationalliberalen: Für Sie ist Christenthum und Ultramontanismus identisch.) Mir scheint, die Herren sind etwas nervös geworden. Der Staat giebt zu erheblichen Bedenken Veranlassung, denn wir stehen mit festen Ausgaben unsicherer Einnahmen gegenüber. Wir sind gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen gewesen, aber trotzdem müssen wir nach Möglichkeit dafür sorgen, daß die schädlichen Folgen dieser Maßregel ferngehalten werden. Redner sucht dann die wohlthätigen Folgen der lex Huene nachzuweisen; vom Staat wäre das Geld längst ausgegeben, bei den Kreisen und Gemeinden ist durch dasselbe vielfach Gutes geschaffen worden. Das Einkommensteuergesetz wird für eine Reihe von Jahren einen großen Fortschritt für Preußen bedeuten. Der Rückgang der Pachten hat Herr Rickert doch zu leicht genommen; im Osten sind die Pachtgelber sämtlich erheblich zurückgegangen. Die Tariffrage, die Herr Rickert berührt hat, ist keine Geldfrage allein, sondern eine wirtschaftliche Frage; sie muß behandelt werden im Zusammenhang mit der Volkschulgesetz und im Zusammenhang mit Industrie und Landwirtschaft. Vom Finanzminister erwarteten wir, daß er auf diesem Gebiete alle berechtigten Interessen wahren wird. (Beifall im Centrum.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Es ist hier die Rede gewesen von einer Verpachtung der Staats-eisenbahnen, von einem Verlassen des Staatsbahnsystems über den Umsang hinaus, den es jetzt angenommen hat. Ich erkläre hiermit, daß die Regierung auf eine solche Idee einzugehen nicht im Stande ist. Es liegen in der Erfindung der Staatsbahnen so starke staatliche Momente, von den militärischen bis zu denen der allgemeinen Politik, enthalten, daß die Regierung darauf nicht würde eingehen können. — Herr Rickert hat gemeint, die gegenwärtige Regierung habe eine Schwächung ihrer Politik vorgenommen, und hat dies damit motiviert, daß das Volkschulgesetz ihm nicht zusagt. Ich habe schon an einer anderen Stelle ausgesprochen, daß ich nicht für richtig halte, wenn heutzutage die Regierung eines monarchischen Staates sich ausschließlich auf bestimmte Parteien stützt. Es tritt in unserer Parteidbildung das Moment, die wirtschaftlichen Motive hervorzuheben, stark hervor, und je mehr dies geschieht, um so mehr liegt in der Thätigkeit der Parteien eine gewisse Gefahr, daß das Ganze außer Acht gelassen wird, daß man zu Extremen kommt, die nachher in andere Extreme ebenso schnell umschlagen. Ich glaube auch, daß in einem wesentlich monarchischen Staate, wie der unsrige es ist, eine Regierung sich niemals verpflichten kann und darf, auf die Dauer mit gewissen Parteien zu gehen, und ich halte noch heut an dem Standpunkt fest: man soll das Gute nehmen, wo man es findet. Die Herren von der freisinnigen Partei haben mir diese Aeußerung bei jeder Gelegenheit, wo sie glauben, daß das Gute mehr nach ihrer Seite lag, vorgehalten. Nun, wo der Pendel nach der Anschauung des Herrn Abg. Rickert etwas mehr nach der anderen Seite schwingt, — und ob er darin Recht hat und wieweit dies begründet ist, das wird sich bei der Debatte über das Volkschulgesetz zeigen — nun sollen wir an dem Grundsatz, das Gute zu nehmen, wo es sich findet, nicht mehr festhalten.

Minister Miquel: Unsere Eisenbahnen verzinsen nicht nur ihre Schulden, sondern liefern auch einen erheblichen Überschuß in die Staatskassen. Das war bisher ein gutes finanzielles Geschäft. Wenn Herr Rickert sagt, dieses System der Staatsbahnen habe Bankrott gemacht, so will ich daran erinnern, daß mehrere Tarifreformen, die 100 Mill. Mk. Auffall gebracht haben, gerade unter dem System der Staatsbahnen durchgeführt worden sind. Die Privatbahnen wären nicht im Stande gewesen, so viel rentirende Linien zu pauen in Gegenben, in denen der Staat zu Hilfe kommen müßte. In der großen Ausdehnung der Betriebsverwaltung der Eisenbahn liegt ja ein Element der Unsicherheit für die Staatsfinanzen. Das Eisenbahngarantiegesetz hat nicht ausgereicht. Jetzt, wo wir dauernde Staatsausgaben auf die Überschüsse basiert haben, ist die Correctur außerordentlich schwierig geworden. Auf die Eisenbahnüberschüsse sind mindestens 150 Millionen Mark Staatsausgaben gegründet worden, aber unsere sicheren stabilen Einnahmen sind nicht verbessert worden in diesem Maße. Wir müssen die Ausgaben bei der Eisenbahnverwaltung darauf hin prüfen, ob an diesen eine Ersparnis eintreten kann, und die allgemeine Finanzverwaltung wird bei neuen Ausgaben vorsichtiger sein müssen, als bisher. Wenn nicht neue Einnahmequellen eröffnet werden können, müssen wir uns nach der Decke strecken. Herr Rickert hat die Befürchtung ausgesprochen, daß die Ergebnisse der Einkommensteuer-Einschätzung auf dem Lande sehr schlecht sein werden. Wir können darüber noch kein Urteil abgeben. Die Durchführung der neuen Einschätzung wird viel schwieriger und daher im Anfang unvollkommen sein bezüglich des Einkommens aus landwirtschaftlichen Unternehmungen als aus anderen Quellen. Heute sind sehr viele Fragen noch zwecklos; erst müssen durch die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes feste Normen gewonnen werden, erst dann kann sich eine gewisse Sicherheit geltend machen. So viel hat sich aber bis zum gestrigen Tage herausgestellt, daß kein Gesetz notwendiger war, als das Einkommensteuergesetz (Sehr wahr! rechts), denn große Summen Einkommens sind bisher dunkel geblieben, namentlich bei dem Einkommen aus Kapitalvermögen. Alle Klassen ohne Ausnahme sollen rücksichtslos gleichmäßig zu den Staatsstaben herangezogen werden. Herr Rickert hat davon gesprochen, daß die Ministerreisen Hoffnungen erweckt hätten, die sich nicht erfüllt haben. Die Minister sind weit davon entfernt gewesen, Hoffnungen zu erregen. Die Schwierigkeiten für die östlichen Provinzen liegen in ihrer Lage und ihrem Klima und in der Politik unseres Nachbars im Osten. Diese Schwierigkeiten kann keine Regierung beseitigen. Es ist eine Reihe von Maßregeln getroffen und ich glaube, daß die Einführung des Staffeltarifs vollzogen wird. Wenn die Seestädte dadurch geschädigt werden, so wird die Regierung zu erwägen haben, wie die schwere-

prüfung Seestädte vor einem solchen Schaden bewahrt werden können. Die Ausgabe für die Ablösung der Stolgebühren ist eingestellt auf Grund der fast einstimmigen Beschlüsse beider Häuser des Landtags. Gekürt haben wir bei Ausgaben, die nicht auf notwendige Meliorationen sich beziehen. Sollten noch unnotige Ausgaben im Staat gefunden werden, so werden die Herren bei mir ein sehr williges Ohr finden. Aber nach den Erfahrungen der letzten Jahre muß ich sagen, daß es dem Abgeordnetenhause nicht gelungen ist, die Ausgaben erheblich herabzusetzen; die Hauptarbeit ist immer beim Finanzminister geblieben. (Zustimmung rechts.)

Cultusminister Graf v. Edith: Man sprach davon, die offiziöse Presse werde wieder in Gang gebracht, nur gefehlt es nicht so gefährlich wie früher. Mir ist dieser Vorgang unbekannt. Wenn eine Reihe von Zeitungen vor der Veröffentlichung des Wortlautes des Volkschulgesetzes Mittheilungen über den Inhalt desselben gebracht haben, so lag das einfach daran, daß ich für meine Pflicht halte, die Thür des Cultusministeriums für niemand geschlossen zu halten. Von einer Beeinflussung der Presse kann aber keine Rede sein. Diese Mittheilungen sind ja auch in den Zeitungen der verschiedensten Parteirichtungen erschienen und ich habe mit Herren von allen Parteien in gleicher Weise die Dinge besprochen, soweit es ohne Verleumdung des Amtsgeheimnisses möglich war. Wenn Herr Rickert behauptet, daß der Volkschulgesetzentwurf aus der Staatschule eine Kirchenschule mache, so scheint er denselben nicht ganz durchgelesen zu haben, sonst müßte ihm klar sein, daß das wesentliche Hoheitsrecht, das der Aufficht für den Staat ganz unangetastet bleibt, und ferner, daß der Entwurf an keine Partei und keine Confession eine Concession macht, sondern nur an das Verfassungsrecht des preußischen Staates und sich unmittelbar anlehnt an das, was alle meine Amtsvorgänger auf diesem Gebiete als Verwaltungsrecht praktisch durchgeführt haben, was seit hundert Jahren in Preußen praktisch gewesen ist. (Widerspruch links.)

Abg. Höpke (nat.-lib.): Wünschenswert ist es, die Finanzen etwas von den Eisenbahnen loszulösen. Wir beantragen, den Eisenbahnnetz einer besondern Commission zu überweisen, die Abhilfe suchen soll. Über das Volkschulgesetz werden wir in einigen Tagen eingehend verhandeln; heute sei nur Folgendes gesagt. Als der Kampf um die Maigasse beendet war, brachte Windthorst seinen Schulantrag ein, gegen welchen die Regierung und die Mehrheit des Hauses sich durchaus ablehnend verhielt. Der jetzige Entwurf erfüllt aber im wesentlichen die Forderungen des Windthorstschen Schulantrages. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen und Freisinnigen.) Die Verfassung geht davon aus, daß Staat und Kirche sich völlig einig sind in Bezug auf die religiöse und sittliche Erziehung der Kinder. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Über dieses Problem bestehen große Meinungsverschiedenheiten. Die Entscheidung des Streites wird nun in die Brust des Lehrers gelegt, und da es sich um die Erfindung handelt, so wird er gewungen, heuchler und Augensteller zu sein; denn er kann nicht zweien Herren dienen. Daß die Schule zwei Herren hat, wird ja in dem Gesetz ausgeschlossen. (Lebhafte Zustimmung links.) Fraktionsinteressen sollen bei dem Volkschulgesetz nicht entscheidend sein; wir wollen alles aufbieten, um die Volkschule richtig zu gestalten und die Autorität des Staates aufrecht zu erhalten. Ich habe die Hoffnung, daß wir auch unter den Conservativen uns nicht vergebens nach Kampfgenossen in dieser Beziehung umsehen werden. (Beifall im Centrum.)

Eisenbahnminister Thielen: Der Staatsseisenbahnbetrieb ist ein Gewerbetrieb wie jeder andere und von solcher allen Gesetzen der Gewerbebetriebe unterworfen. Wie in allen anderen Gewerbebetrieben, waren auch hier die Ausgaben in den letzten Jahren sehr gewachsen, in dem gewaltigen Unternehmen der Staatsbahnenverwaltung drückt sich das nur am schärfsten aus, und um so schärfer, als in Zeiten geschäftlichen Niederganges, wenn die Einnahmecurve sich stark verschiebt, die der Ausgaben noch ziemlich steil bleibt; wenn die Seiten sich bessern, gleicht sich das allerdings wieder aus. Unsere Aufgabe wird sich vorläufig darauf beschränken müssen, die Personentarife auf einfache und übersichtliche Normen zurückzuführen und Erleichterungen im Verkehr zu schaffen. Betriebs des Güterverkehrs können weitergehende Reformen nicht in Aussicht gestellt werden. Eine Reform haben wir durchgeführt, die Staffeltarife. Unter den Ausgaben nehmen den breitesten Raum ein die Personalausgaben, die eine Vermehrung erfahren haben durch Erhöhung der Bezahlungen und Löhne; auch die meiste Durchführung der Sonntagsruhe hat Ausgaben verursacht. Zu den persönlichen Ausgaben kommt die Steigerung der Ausgaben für Material. Die Juge sind erheblich vermehrt worden. Die Erhöhung der Kohlenpreise hat ebenfalls hohe Ausgaben verursacht. Kosten verursachte auch die durchgehende Erhöhung der Tragfähigkeit der Güterwagen. Im gegenwärtigen Moment wird eine weise Zurückhaltung in der Ausgestaltung von Reformen eintreten müssen; besonders die Reform des Personentarifs. Diese ist auch nicht so dringend. Die Frage, in welchem Maße die Secundärbahnen schuld sind an den Ausfällen des Eisenbahnnetzes, ist sehr schwer zu beurtheilen. Man kann das Ergebnis vielleicht auf 10 Proc. des gesammelten Überschusses annehmen. Aber das Staatsbahnsystem hat es ermöglicht, durch Schaffung von Secundärbahnen die Wohlthaten schnellen Verkehrs vielen Gegenden zu bringen. Wenn auch die Privatbahnen viel Gutes geleistet haben, so waren sie doch nur im Stande mit Hilfe des Staates; aber erst das Staatsbahnsystem hat eine gleichmäßige Vertheilung der Wohlthat raschen Verkehrs geschaffen. (Beifall rechts.)

Eisenbahnminister Thielen: Der Staatsseisenbahnbetrieb ist ein Gewerbetrieb wie jeder andere und von solcher allen Gesetzen der Gewerbebetriebe unterworfen. Wie in allen anderen Gewerbebetrieben, waren auch hier die Ausgaben in den letzten Jahren sehr gewachsen, in dem gewaltigen Unternehmen der Staatsbahnenverwaltung drückt sich das nur am schärfsten aus, und um so schärfer, als in Zeiten geschäftlichen Niederganges, wenn die Einnahmecurve sich stark verschiebt, die der Ausgaben noch ziemlich steil bleibt; wenn die Seiten sich bessern, gleicht sich das allerdings wieder aus. Unsere Aufgabe wird sich vorläufig darauf beschränken müssen, die Personentarife auf einfache und übersichtliche Normen zurückzuführen und Erleichterungen im Verkehr zu schaffen. Betriebs des Güterverkehrs können weitergehende Reformen nicht in Aussicht gestellt werden. Eine Reform haben wir durchgeführt, die Staffeltarife. Unter den Ausgaben nehmen den breitesten Raum ein die Personalausgaben, die eine Vermehrung erfahren haben durch Erhöhung der Bezahlungen und Löhne; auch die meiste Durchführung der Sonntagsruhe hat Ausgaben verursacht. Zu den persönlichen Ausgaben kommt die Steigerung der Ausgaben für Material. Die Juge sind erheblich vermehrt worden. Die Erhöhung der Kohlenpreise hat ebenfalls hohe Ausgaben verursacht. Kosten verursachte auch die durchgehende Erhöhung der Tragfähigkeit der Güterwagen. Im gegenwärtigen Moment wird eine weise Zurückhaltung in der Ausgestaltung von Reformen eintreten müssen; besonders die Reform des Personentarifs. Diese ist auch nicht so dringend. Die Frage, in welchem Maße die Secundärbahnen schuld sind an den Ausfällen des Eisenbahnnetzes, ist sehr schwer zu beurtheilen. Man kann das Ergebnis vielleicht auf 10 Proc. des gesammelten Überschusses annehmen. Aber das Staatsbahnsystem hat es ermöglicht, durch Schaffung von Secundärbahnen die Wohlthaten schnellen Verkehrs vielen Gegenden zu bringen. Wenn auch die Privatbahnen viel Gutes geleistet haben, so waren sie doch nur im Stande mit Hilfe des Staates; aber erst das Staatsbahnsystem hat eine gleichmäßige Vertheilung der Wohlthat raschen Verkehrs geschaffen. (Beifall rechts.)

Minister Graf v. Caprivi: Unsere Eisenbahnen verzinsen nicht nur ihre Schulden, sondern liefern auch einen erheblichen Überschuß in die Staatskassen. Das war bisher ein gutes finanzielles Geschäft. Wenn Herr Rickert sagt, dieses System der Staatsbahnen habe Bankrott gemacht, so will ich daran erinnern, daß mehrere Tarifreformen, die 100 Mill. Mk. Auffall gebracht haben, gerade unter dem System der Staatsbahnen durchgeführt worden sind. Die Privatbahnen wären nicht im Stande gewesen, so viel rentirende Linien zu pauen in Gegenben, in denen der Staat zu Hilfe kommen müßte. In der großen Ausdehnung der Betriebsverwaltung der Eisenbahn liegt ja ein Element der Unsicherheit für die Staatsfinanzen. Das Eisenbahngarantiegesetz hat nicht ausgereicht. Jetzt, wo wir dauernde Staatsausgaben auf die Überschüsse basiert haben, ist die Correctur außerordentlich schwierig geworden. Auf die Eisenbahnüberschüsse sind mindestens 150 Millionen Mark Staatsausgaben gegründet worden, aber unsere sicheren stabilen Einnahmen sind nicht verbessert worden in diesem Maße. Wir müssen die Ausgaben bei der Eisenbahnverwaltung darauf hin prüfen, ob an diesen eine Ersparnis eintreten kann, und die allgemeine Finanzverwaltung wird bei neuen Ausgaben vorsichtiger sein müssen, als bisher. Wenn nicht neue Einnahmequellen eröffnet werden können, müssen wir uns nach der Decke strecken. Herr Rickert hat die Befürchtung ausgesprochen, daß die Ergebnisse der Einkommensteuer-Einschätzung auf dem Lande sehr schlecht sein werden. Wir können darüber noch kein Urteil abgeben. Die Durchführung der neuen Einschätzung wird viel schwieriger und daher im Anfang unvollkommen sein bezüglich des Einkommens aus landwirtschaftlichen Unternehmungen als aus anderen Quellen. Heute sind sehr viele Fragen noch zwecklos; erst müssen durch die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes feste Normen gewonnen werden, erst dann kann sich eine gewisse Sicherheit geltend machen. So viel hat sich aber bis zum gestrigen Tage herausgestellt, daß kein Gesetz notwendiger war, als das Einkommensteuergesetz (Sehr wahr! rechts), denn große Summen Einkommens sind bisher dunkel geblieben, namentlich bei dem Einkommen aus Kapitalvermögen. Alle Klassen ohne Ausnahme sollen rücksichtslos gleichmäßig zu den Staatsstaben herangezogen werden. Da das Amendement bei Verträgen ausgeschlossen ist, bitten er, diese Punkte bei künftigen Verträgen zu berücksichtigen.

Minister Graf v. Edith: Herr Höpke hat das Schulgesetz gewissermaßen charakterisiert als die Ausführung der Windthorstschen Anträge. Das ist unrichtig. Denn gerade das absolut freie Beneßtum der kirchlichen Organe in dem Schulgesetz wird beschränkt durch die staatliche Genehmigung und Einwirkung. Nach den Forderungen des Herrn Höpke würde der in vielen Beziehungen jetzt bestehende Conflict verhindert werden. Mit der Julialass des polnischen Privatunternehmens haben wir weder das staatliche Interesse verloren noch den Rechtsboden verlassen. Die Besorgniß, daß auch Deutsche in dem Unterricht Theil nehmen könnten, ist ganz ungrundlos. Aber selbst wenn das der Fall ist, so müssen wir doch bedenken, diese Sprachinteressen stehen mit den sozialen und wirtschaftlichen Interessen in enger Verbindung, und da muß man nicht mit scharem Schwert schneiden.

Daraus ergibt das Haus die weitere Berathung auf Freitag.

## Reich



Die Verlobung unserer Tochter Emma mit dem Kaufmann Herrn Albert Schlimm aus Memel zeigen hiermit ergeben an. T. Böhm, Missionar und Frau. Wiss. Böh., im Dezember 1891.

Emma Böh.,  
Albert Schlimm,  
Verlobte.

Gest besonderer Meldung.  
Heute früh 6 Uhr entstieß im hiesigen Diakonissen-Krankenhaus nach schweren Leiden mein threuer Gatte, unter liebevoller Vater, der katholische Oberpostsekretär Julius Eschner,

im 54. Lebensjahr, was hiermit siebzehn angezeigt. Danzig, 22. Januar 1892

Clara Eschner Wwe. und Kinder.

Die Beerdigung findet Montag, den 25. d. Mts., von der St. Barbara-Leichenhalle, 2. Neugarten, aus statt. (6805)

Tief betrübt zeigen hiermit an, daß unser lieber Sohn und Bruder

Herrmann, Maschinist auf dem Schiffe „Lissabon“ auf der Reise von Hamburg nach Südamerika am gelben Fieber verstorben ist.

Um stille Theilnahme bitten Heubude, den 20. Januar 1892. Wwe. Jeanette Hofer geb. Linzenberg nebst Geschwistern.

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Max Loewenthal hierbei, Langgasse Nr. 37, wird nach erfolgter Abhaltung des Gläubigertermins hierdurch aufgehoben. (6766)

Danzig, den 16. Januar 1892.

Königliches Amtsgericht XI.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 19. Januar 1892 ist am 20. Januar 1892 in das diesseitige Handelsregister zur Eintragung der Ausgliederung der gesamten Gütergemeinschaft unter Nr. 54 eingetragen, daß der Kaufmann Hermann Hein zu Dirschau für seine Ehe mit dem Fraulein Anna Weiler durch Vertrag vom 9. Mai 1885 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat. (6771)

Dirschau, den 19. Januar 1892.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 18. Januar 1892 ist am 19. Januar 1892 in die in Tiefenhof bestehende Handelsniederlassung des Kaufmanns Wilhelm Epp ebenda selbst unter der Firma

Wilhelm Epp in das diesseitige Firmenregister unter Nr. 149 eingetragen.

Tiefenhof, d. 19. Januar 1892.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist bei Nr. 80 — Firma Gebr. Schaps — folgender Vermerk eingetragen: Die Firma ist erloschen. III. Gen. 32. (6774)

Großburg Westpr., den 19. Januar 1892.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In das diesseitige Genossenschaftsregister ist bei der unter Nr. 6 eingetragenen Molkereigenossenschaft zu Montauerweide, eingetragene Genossenschaft mit unbefristeter Haftpflicht zu Montauerweide, nachstehendes eingetragen worden:

Durch Beschluss der Generalversammlung vom 16. November 1891 ist an Stelle des bisherigen dritten Directors, der Bestler Johann Franz in Iwanigerweide für die Jahre 1892, 1893 und 1894 neu gewählt worden. Eingetragen zu Folge Verfügung vom 15. Januar 1892 am 16. Januar 1892. (6768)

Großburg, den 16. Januar 1892.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Den nach § 14 Nr. 15 der Insruktion und Gebühren-Tage für den Bleihof-Inspektor vom 20. November 1886, Nachtrag II vom 28. Januar 1891, zu erhebenden Gebühren-Duschlag für die Kosten der Kranken-, Unfall- und Alters- und Invaliditäts-Versicherung der Bleihof-Arbeiter haben wir für das Jahr 1892 auf 2½ Prozent festgesetzt.

Danzig, den 20. Januar 1892.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Damme.

Mit Gültigkeit vom 15. Januar 1892 bis Ende Juni 1892 ist für Mais in Wagenladungen von 1000 kg zwischen Stationen der rumänischen Eisenbahnen und sämtlichen für den Wagenladungs-Verkehr eingerichteten Stationen unseres Bezirks ein Ausnahmetarif mit direkten Frachtfähren zur Einführung gekommen.

Die Güte dieses Tarifs, welcher durch Vermittlung der sämtlichen Fahrkarten-Ausgabestellen unseres Bezirks zum Preise von 0,20 M. für das Stück bezogen werden kann, stellen sich niedriger als die Umlkartierung in den schlechlich österreichischen Grenzstationen auf Grund des von den schlechlich übergangenen Stationen nach diesseitigen Stationen z. Z. bestehenden ermäßigten Ausnahmetarif für Mais ungarischen, rumänischen und galizischen Ursprungs.

Gleichzeitig wird bekannt gemacht, daß die Gültigkeitsdauer des vorerwähnten Grenztarifs vom 1. Januar 1892 ebenfalls bis zum 30. Juni 1892 verlängert worden ist. (6773)

Bromberg, den 19. Januar 1892.

Königl. Eisenbahn-Direction.

Loose zur Danziger Silber-Lotterie a 1 M. vorjährig bei

Th. Bertling.

## Nachruf!

Heute Morgen 6 Uhr verschied nach kurzem Schmerzenslager unter Mitarbeiter, der

### Ober-Postsekretär Julius Eschner

im 54. Lebensjahr.

Wir betrauern in dem Verdächtigen einen Collegen, der von uns allen gleich hochgeschätzt wurde. Sein edler Charakter, seine Pflichttreue und Hingabe an seinen Beruf, sowie sein gerader, biederer Sinn sichern ihm in unseren Herzen ein dauerndes Ansehen. Möge er sanft ruhen nach gethaner Arbeit!

Danzig, den 22. Januar 1892.

Der Vorsteher und die Beamten des Kaiserlichen Postamts Danzig.

### Zuckerfabrik Unislaw.

Gehste Ausloosung von Grundschuldbriefen

#### I. Serie.

### Zweite Ausloosung von Grundschuldbriefen

#### II. Serie.

Bei der heute im Comtoir der Danziger Privat-Action-Bank in Danzig stattgehabten Lotterie unter 5 % Grundschuldbriefe wurden gezogen:

vom I. Serie die Nummern: 5, 8, 9, 65, 82, 111, 114, 126, 145, 148, 165, 199, 208, 212, 213, 220, 226, 255, 267, 273, 274, 310, 327, 346, 366, 370, 404, 414, 443, 494, 495, 499, 512, 517, 546, 550, 569, 583, 590, 593,

vom II. Serie die Nummern: 29, 63, 68, 100, 107, 109, welche vom 1. April d. J. ab mit 105 % = M. 1050, — pro Glück und den Jinnen bis zum 1. April d. J. bei der Danziger Privat-Action-Bank in Danzig zur Auszahlung gelangen.

Unislaw, den 13. Januar 1892. 6776

### Der Vorstand der Zuckerfabrik Unislaw.

Gieg. Graf von Alvensleben. Gohlke.

von Gaski. Heubner.

### Göhnbüscher Märzen-Bier,

bestes Königsberger Bier, empfiehlt 30 fl. für 3 M. (6786)

### A. Mekelburger, Gr. Wollwebergasse 13.

Meine Wohnung befindet sich jetzt

### Frauengasse 43

und ertheile ich dafelbst gründlich Unterricht, besonders in franz. u. engl. Sprache (Gram., Converbal-Corresp.). Gredsl. 12—1 Uhr.

Marie Rhei., geprüfte Lehrerin.

Atelier für seine Damenconfection Emma Sabložki, Aohlengasse Nr. 2.

in das diesseitige Firmenregister unter Nr. 149 eingetragen.

Tiefenhof, d. 19. Januar 1892.

Königliches Amtsgericht.

### Römisches u. russisches Bad,

vorzüglich bewährt gegen alle Erkrankungskrankheiten, angenehmes Erfrischungsbäder. (6786)

Wannenbäder u. Douchen.

Janzen'sche Bade-Anstalt.

Eine Sendung sehr schöner fett. Enten und Suppenhühner traf soeben ein. (6749)

Magnus Bradtke.

8 Brodbänkengasse 8, Ecke der Kürschnergasse.

Empfiehlt täglich aus meiner Meierei Gremblin

feinste Taselbutter, selbstgefertigte Land-Lebertrüffelwurst,

Blut- und Cervelatwurst, lebhafte jeder anderen eingelandten Wurst gleichwertig.

G. Meves.

Hochfeine Taselbutter, täglich frisch, M. 1,40 u. 1,30 M. setze Gutsbutter, M. 1,00 M. empfiehlt Nehring Nachfl. (6861)

Münchener u. Mätz-Bier der Brauerei Ponarth (Schiesserdecker), Königsberg i. Pr., empfiehlt in Gebinden u. Flaschen (die Flasche 10 fl.). die alleinige Niederlage Hotel St. Petersburg, Oscar Voigt.

Feinste Speisekartoffeln billigst.

Consum-Waren-Handlung Nr. 2 Holzmarkt Nr. 2.

Baumwollsaatmehl mit Analysen-Garantie offeriert bei Waggonladungen zu äußerst billigen Preisen. (6542)

H. v. Morstein.

Gold u. Silber kauft stets und nimmt zu vollem Werth in Zahlung

G. Geiger, Juwelier und Königl. vereidigter Taxator, Goldschmiedegasse Nr. 22.

NB. Gr. Goldwaaren- und Uhren-Lager.

Münzen und Medaillen jeder Art. An- u. Verkauf. Schmidt, Berlin, Fürbringerstraße 31.

Hochfeine Taselbutter, täglich begehrt gegen alle Erkrankungskrankheiten, angenehmes Erfrischungsbäder. (6861)

Reflectanten belieben ihre Adressen unter Nr. 6850 in der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

Heute Morgen 6 Uhr verschied nach kurzem Schmerzenslager unter Mitarbeiter, der

Ober-Postsekretär Julius Eschner im 54. Lebensjahr.

Wir betrauern in dem Verdächtigen einen Collegen, der von uns allen gleich hochgeschätzt wurde.

Sein edler Charakter, seine Pflichttreue und Hingabe an seinen Beruf, sowie sein gerader, biederer Sinn sichern ihm in unseren Herzen ein dauerndes Ansehen. Möge er sanft ruhen nach gethaner Arbeit!

Danzig, den 22. Januar 1892.

Danzer, Drogerie, Gr. Wollwebergasse 21.

Um den Ausverkauf meines Musikalienlagers noch mehr zu beschleunigen, verkaufe einen gräsernen Posten neuer nicht antiquarischer Musikalien pro Bogen a 10—20 fl. (6500)

Clara Küster, Musikalienhandlung u. Leipianstalt Langgasse Nr. 69.

Jede Namen-Glocke wird sauber und billig ausgeführt.

Geißgasse 18. Bei ganzen Ausstattungen Preisermäßigung.

Th. Bertling.

## Nachruf!

Heute Morgen 6 Uhr verschied nach kurzem Schmerzenslager unter Mitarbeiter, der

### Ober-Postsekretär Julius Eschner

im 54. Lebensjahr.

Wir betrauern in dem Verdächtigen einen Collegen, der von uns allen gleich hochgeschätzt wurde.

Sein edler Charakter, seine Pflichttreue und Hingabe an seinen Beruf, sowie sein gerader, biederer Sinn sichern ihm in unseren Herzen ein dauerndes Ansehen. Möge er sanft ruhen nach gethaner Arbeit!

Danzig, den 22. Januar 1892.

Danzer, Drogerie, Gr. Wollwebergasse 21.

Um den Ausverkauf meines Musikalienlagers noch mehr zu beschleunigen, verkaufe einen gräsernen Posten neuer nicht antiquarischer Musikalien pro Bogen a 10—20 fl. (6500)

Clara Küster, Musikalienhandlung u. Leipianstalt Langgasse Nr. 69.

Jede Namen-Glocke wird sauber und billig ausgeführt.

Geißgasse 18. Bei ganzen Ausstattungen Preisermäßigung.

Th. Bertling.

# Mein Inventur-Ausverkauf ist eröffnet.

Näheres: Schausenster-Plakat. (6797)

## Max Bock, Langgasse 3.

Meine neueste Specialität:

Danziger Patrizier à M. 1,20 incl. Flasche

(gesetzlich geschützt)

und

Stockmanshofer Pomeranzen Nr. 00, M. 1,50 incl. Flasche,

empfiehlt.

E. G. Engel,

Destillation Zum Kurfürsten.

Zu beziehen durch nachfolgende Handlungen:

A. Fass. B. Bodenburg, Langenmarkt Nr. 34.

# Beilage zu Nr. 19323 der Danziger Zeitung.

Freitag, 22. Januar 1892.

Danzig, 22. Januar.

\* [Werpslegungszuschuß.] Der Werpslegungszuschuß für Mannschaften der Marine ist für das laufende Vierteljahr auf 15 Pf. in Danzig, 17 Pf. in Berlin, 19 Pf. in Potsdam, 20 Pf. in Kiel, 21 Pf. in Wilhelmshaven, Cuxhaven und Lehe, 26 Pf. auf Helgoland pro Mann und Tag festgesetzt worden.

\* [Gewerbeverein.] Gestern Abend hielt Herr Rechtsanwalt Haak einen Vortrag über das Thema: „Praktische Fragen aus dem Mietshsrecht, insbesondere Rapppelei, begangen durch den Vermiether“. Der Vortragende erörterte zunächst die Form und die Bedeutung des Mietshsvertrages, besprach dann die Rechte des Vermiethers und des Miethers und erläuterte hieraus die Frage der Emission sowie die Lösung des Mietshsvertrages durch den Todesfall des Miethers und die Substitution des Grundstückes durch Mittheilung der bezüglichen Reichsgerichtsentscheidungen. Auf den zweiten Theil seines Themas übergehend, hob Hedner hervor: Ein Vermiether mache sich strafbar, wenn er seine Wohnung entweder zum Zweck der strafbaren Rapppelei überlasse oder sie dulde. Schließlich beantwortete der Vortragende eine Anzahl von Fragen, die ihm aus der Mitte der Versammlung gestellt wurden.

\* [Eisfest.] Das Eisfest, welches gestern Abend im „Freundschaftlichen Garten“ abgehalten wurde, war sehr zahlreich besucht. Der Garten strahlte im Lichte sämtlicher Gasflammen und munter tummelten sich die Schlittschuhläufer unter den Klängen der Concertmusik herum. Einen prächtigen Anblick bot das Feuerwerk, welches im hinteren Theile des Gartens abgebrannt wurde, da das röhliche Licht der verschiedenen Feuerwerkskörper tausendsach von der blinkenden Eisfläche und dem glitzernden Raukreis der Bäume und Giräucher zurückgeworfen wurde.

\* [Schöffengericht.] Der Restaurateur der „Rathshalle“, hr. Oscar Schenk, hatte sich wegen Gestaltung von Glücksspielen zu verantworten. Angeklagter hatte das Spiel „Gottes Segen bei Cohn“ und das sogenannte „Mauscheln“ bei Einsätzen von 10 bis 50 Pf. seinen Gästen im Monat Oktober v. J. gestattet.

Einzelne Spieler, insbesondere Kellner, erlitten einen Verlust von 20 bis 40 Mk. Der Gerichtshof verurteilte hrn. Schenk zu einer Geldstrafe von 20 Mk. — Der Arbeiter Karl Sadowski von hier lauerte im Monat September v. J. seine von ihm getrennt lebenden Ehefrau wiederholts auf und drohte diese zu erstechen, wenn sie sich nicht wieder mit ihm vertrage. Mehr als Juchthausstrafe würde er ja nicht bekommen. Der Gerichtshof verurteilte den Sadowski wegen Bedrohung mit einem Verbrechen zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten.

L. Garthaus, 21. Jan. Der auch in weiteren Kreisen bekannte Rentier und Kreistagsator Herr Richter (früherer Pächter des Rittergutes Salenje im hiesigen Kreise) hat nach mehrjährigem Aufenthalt unsern Ort verlassen, um in Aierspe (im Westfalen) die Stelle eines Postverwalters zu übernehmen. Wir verlieren in hrn. R. einen Mitbürger, der sich hier und in der Umgegend allgemeiner Beliebtheit erfreute.

w. Elbing, 21. Januar. Heute wird das unterm 21. Juli 1891 erlassene und am 28. September 1891 vom Bezirksausschuss in Danzig genehmigte Ortsstatut, betreffend das Gewerbeamt zu Elbing, zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Die Wahl der 48 Beisitzer

des Gewerbeamtes ist auf den 11. Februar anberaumt. Für die Verhandlung des Rechtsstreits vor dem Gewerbeamt wird eine einmalige Gebühr nach dem Werthe des Streitgegenstandes erhoben. Dieselbe beträgt bei einem Gegenstand im Werthe bis 20 Mk. einschließlich 0,50, von 20—50 Mk. 1,50, von 50—100 Mark 3,00 Mk. Bei den ferneren Werthklassen steigen die Gebühren bei je 100 Mk. um 3 Mk. bis zum Höchstbetrag von 30 Mk. — Die Schwurgerichtsverhandlung wegen betrügerischen Bankenrotts, die für den 22. und 23. d. Mts. angesezt war, mußte in letzter Stunde aufgehoben werden, weil der Hauptzeuge in Warschau krank an der Influenza liegt und hieron den Gerichtshof telegraphisch benachrichtigt hat.

M. Stolp, 21. Januar. Der Magistrat hatte den Stadtverordneten gestern eine Vorlage, betreffend die Abänderung des Hundesteuer-Regulativs, zugehen lassen, in welcher die Steuer von 9 auf 10 Mk. erhöht war, die Hunde fortlaufend die zur Kontrole erforderlichen Marken, welche sie jetzt nur 6 Wochen im Jahre zu tragen haben, das ganze Jahr hindurch tragen sollen und die Hauseigentümmer den Bezirkvorsteher über die Zahl der in ihren Häusern gehaltenen Hunde Auskunft geben sollen. Die Stadtverordneten hielten die Erhöhung für zu gering, wollten sich auch nicht zu der Neuerung verstehen, daß die Hunde das ganze Jahr hindurch die Controlmarken tragen sollen und lehnten deshalb auf Antrag des Herrn Stadtv. Feige die Vorlage pure ab. — Die Stadt ist mit ihrer Beschwerde gegen die von ihr seitens der Aufsichtsbehörde geforderten Unterhaltung einer öffentlichen katholischen Schule in letzter Instanz (vom Provinzialrathe) abgewiesen worden und muß nunmehr in den sauren Apfel beißen. — Herr Stadtv. Rechtsanwalt Frihé hat sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt, um, wie er in seinem Abdankungsschreiben sagt, „jüngeren Kräften“ Platz zu machen.

mg. Aus Ostpreußen, 21. Januar. Die Durchführung des Invaliditäts- und Altersgesetzes mit allen sich daraus ergebenden Consequenzen beschäftigt auch hier die öffentliche Meinung, namentlich in landwirthschaftlichen Kreisen in hohem Maße. Fast allgemein ist man der Ansicht, daß sich namentlich das bei dem Gesetz allgemein in Anwendung gekommene Markensystem als einfach und durchführbar herausstellen wird. Da man sich aber von der Abdankung von Petitionen einzelner Vereine keinen Erfolg verspricht, so richtet jetzt der Hauptvorstand des landwirthschaftlichen Centralvereins für Litauen und Masuren an die einzelnen Vereine die Aufruforderung, in eine Besprechung dieser Angelegenheit einzutreten. Um den Berathungen eine weitere Unterlage zu geben, und um Beschlüsse herbeizuführen, welche ein weiteres Vorgehen in dieser Sache durch den Centralverein ermöglichen, werden die Vereine ersucht, bei ihren Berathungen folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hat das Invaliditäts- und Altersgesetz bis jetzt gewirkt? 2. Welche Schwierigkeiten haben sich bisher herausgestellt? 3. Ist anzunehmen, daß diese Schwierigkeiten mit der Zeit ab-

nehmen? 4. Welche Vorschläge wären event. für Abänderung des Gesetzes zu machen? Nach Eingang der Gutachten wird der Hauptvorstand erwägen, welche weiteren Schritte in der Angelegenheit geboten erscheinen.

## Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 21. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holstein. loco ruhig, neuer 218—225. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 218—247. russ. loco ruhig, neuer 192—198 nom. Hafer ruhig. Gerste ruhig. — Rüböl (unverzollt) still, loco 61.00. — Spiritus flau, per Januar 36<sup>1/4</sup> Br., per Jan.-Febr. 36<sup>1/4</sup> Br., per April-Mai 36<sup>1/4</sup> Br., per Mai-Juni 36<sup>1/4</sup> Br. — Kaffee fest, Umsatz. — Gack — Petroleum fest. Standard white loco 6,40 Br., per Jan.-März 6,25 Br. — Wetter: Frost.

Hamburg, 21. Januar. Kaffee. Good average Santos per Januar 68<sup>3/4</sup>, per März 65, per Mai 62<sup>1/4</sup>, per Juli 61<sup>1/2</sup>. Behauptet.

Hamburg, 21. Januar. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rübenzucker 1. Product Basis 88% Rendement neue Usance, f. a. B. Hamburg per Januar 14,77<sup>1/2</sup>, per März 14,95, per Mai 15,22<sup>1/2</sup>, per August 15,50. Ruhig.

Bremen, 21. Januar. Kaffee. Petroleum. (Schlußbericht.) Fak zollfrei. Gehr fest. Loco 6,80 Br.

Nävre, 21. Jan. Kaffee. Good average Santos per März 81,75, per Mai 78,25 per September 75,75. Ruhig.

Frankfurt a. M., 21. Jan. Effecten-Societät. (Schluß.) Österreichische Credit-Aktion 256<sup>1/4</sup> Franzosen 254<sup>1/4</sup>. Lombarden 82<sup>1/2</sup> ung. Goldrente — Gotthardbahn 139,60. Disconto-Commandit 178,20. Dresdener Bank 137,60. Bochumer Gußstahl 116,30. Dortmunder Union St.-Pr. — Gelsenkirchen 137,80. Harpener 149,00. Hibernia 128,90. Laurahütte 112,40. 3% Portugalien 28,50 Fest.

Wien, 21. Januar. (Schluß-Course.) Österreich. Papierrente 94,27<sup>1/2</sup>, do. 5% do. 103,35. do. Silberrente 93,85. 4% Goldrente 111,40, do. ungar. Goldrente 107,80. 5% Papierrente 102,70. 1880er Loco 141,25. Anglo-Aust. 161,50. Länderbank 207,80. Creditact. 297,25. Unionbank 232,50. ungar. Creditactien 335,00. Wiener Bankverein 111,25. Böh. Westbahn — Böh. Nordb. 188,75. Busch. Eisenbahn 478,00. Dur-Bodenbacher — Elbenthalbahn 232,50. Ferd. Nordbahn 2890,00. Franzosen 290,35. Galizier 211,00. Lemberg-Gern. 245,25. Lombard. 93,90. Nordwestb. 214,25. Pardubitzer 182,50. Alp.-Mont.-Act. 63,75. Tabakactien 165,50. Amsterd. Wechsel 98,00. Deutsche Pläne 58,02<sup>1/2</sup>. Londoner Wechsel 118,25. Pariser Wechsel 47,00. Napoleon 9,39. Marknoten 58,02<sup>1/2</sup>. Russische Banknoten 1,15<sup>1/4</sup>. Silbercoupons 100, bulgar. Ant. 100,25.

Amsterdam, 21. Januar. Getreidemarkt. Weizen per März 250, per Mai 254. Roggen per März 225, per Mai 230.

Antwerpen, 21. Jan. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffineries. Type weiss loco 16<sup>3/4</sup> bez. und Br., per Januar 16<sup>1/2</sup> Br., per Februar 16 Br., per Septbr. Dezbr. 15<sup>1/2</sup> Br. Götting.

Antwerpen, 21. Januar. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste unbedeut.

Paris, 21. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Januar 25,40, per Februar 25,70, per März-April 25,50, per März-Juni 25,70. — Roggen ruhig, per Januar 20,10, per März-Juni 21,20. — Mehrl träge, per Jan. 55,25, per Februar 55,40, per März-April 56,30, per März-Juni 56,90. — Rüböl ruhig, per Jan. 58,25, per Februar 58,50, per März-April 59,25, per März-Juni 59,50. — Spiritus fest, per Januar 46,25, per Febr. 45,25, per März-April 45,25, per Mai-August 45,00. — Wetter: Kalt.

Paris, 21. Jan. (Schlußcourse.) 3% amortisirb Rente 96,35. 3% Rente 95,32<sup>1/2</sup>, 4<sup>1/2</sup> % Ant. 105,87<sup>1/2</sup>, 5% ital. Rente 90,10. österr. Goldr. 96<sup>1/2</sup>, 4% ung. Goldrente 92,12. 3% Orientanleihe 64,00. 4% Russen 1880 — 4% Russen 1889 93,10. 4% unif. Aegypt 480,62. 4% span. äuß. Anleihe 63<sup>1/2</sup>, convert. Türken 18,65. türk. Looie 70,00. 5% privilegierte türk. Obligationen 418,50. Franzosen 631,25. Lombarden 222,50. Comb. Prioritäten 311,00. Credit foncier 1215. Rio Zinto-Action 455,00. Guékanal-Action 2670. Banque de France 4390. Wechsel auf deutsche Pläne 122<sup>1/4</sup>. Londoner Wechsel 25,15 Cheques a. London 25,16<sup>1/2</sup>. Wechsel Amsterdam kurz. 206,12. do. Wien kurz 210,00. do. Madrid kurz 436,00. Neue 3% Rente 94,47. 3% Portugiesen 27<sup>1/2</sup>, neue 3% Russen 76,31. Banque ottomane 554,00. Banque de Paris 672,00. Banque d'Escompte 370. Creditmobilier 152. Merib.-Action 623. Panamakanal-Actionen — do. 5% Obligat. 22,00. Gaz. Parisien 1440. Credit Lyonnais 802,00. Gaz pour le Fr. et l'Etrang. 550. Transatlantique 560. Ville de Paris de 1871 409. Lab. Ottom. 359,00. 23<sup>1/2</sup> % engl. Cons. — C. d'Escompt 510. Robinson-Action 81,80.

Paris, 21. Jan. Bankausweis. Baarvorrath in Gold 1 343 078 000. do. in Silber 1 250 947 000. Portef. der Hauptbank und der Filialen 745 270 000. Notenumlauf 3 146 945 000. Laufende Rechnung d. Priv. 356 141 000. Guthaben d. Staatschates 354 871 000. Geläufige Vorschüsse, excl. der an den Staat geleisteten Vorschüsse im Betrage von 140 Mill. Frs. 351 833 000 Frs. Jns. u. Discont-Erträgn. 2700 000 Fr. Verhältnis des Notenumlaufs zum Baarvorrath 82,42.

London, 21. Januar. Bankausweis. Totalreserve 14 789 000. Notenumlauf 25 031 000. Baarvorrath 23 389 000. Portefeuille 28 739 000. Guthaben der Privaten 30 735 000. do. des Staates 6 247 000. Notenreserve 13 767 000. Regierungssicherheiten 11 662 000 Bid. Gierl. — Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven 39<sup>1/4</sup> gegen 37<sup>1/2</sup> in der Vorwoche. — Clearinghouse-Umlauf 150 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 8 Millionen.

London, 21. Jan. (Schlußcourse.) Engl. 23<sup>1/2</sup> % Consols 95<sup>13/16</sup> Br. 4% Consols 105, ital. 5% Rente 89<sup>1/2</sup>. Lombarden 87<sup>1/2</sup> 4% coni. Russen von 1889 (2. Serie) 93<sup>1/2</sup>. convert. Türken 18<sup>1/2</sup>. österr. Silberrente 79, österr. Goldrente 94. 4% ungarische Goldrente 91<sup>1/2</sup>. 4% Spanier 63<sup>1/2</sup>, 3<sup>1/2</sup> % privil. Aegypt 89<sup>1/2</sup>, 4% unif. Aegypt 95<sup>1/2</sup>, 3% garantirte Aegypt 101<sup>1/4</sup>. 4<sup>1/2</sup> % agpt. Tributante 94. 6% coni. Merikaner 82<sup>1/2</sup>. Ottomankon. 12<sup>1/2</sup>. Gueraktion 106. Canada-Pacific 97<sup>1/8</sup>. De Beers-Action neue 14<sup>1/8</sup>. Rio Zinto 17<sup>1/8</sup>. 4<sup>1/2</sup> % Rupees 71<sup>1/8</sup>. Argentinische 5% Goldanleihe von 1886 62, do. 4<sup>1/2</sup> % äußere Goldanleihe 31. Neue 3% Reichsanleihe 84<sup>1/4</sup>. Silber 42<sup>1/16</sup>. Blodiscont 17<sup>1/8</sup>. — Wechselnotirungen: Deutsche Pläne 20,51. Wien 11,98. Paris 25,39. Petersburg 23<sup>1/8</sup>.

Glasgow, 21. Januar. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbles warrants 47 sh.

Newark, 20. Januar. (Schluß-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4,83. Table-Transfers 4,85<sup>1/2</sup>. Wechsel auf Paris (60 Tage) 5,21<sup>1/2</sup>. Wechsel auf Berlin (60 Tage) 94<sup>1/2</sup>. 4% fundierte Anleihe 116. Canadian-Pacific-Act. 94. Central-Pacific-Act. 33. Chicago-North-Western-Actien 116<sup>1/2</sup>. Chic. Mil.-u. St. Paul-Actien 79<sup>1/2</sup>. Illinois-Central-Act. 108<sup>1/2</sup>. Lake-Shore-Michigan-South-Actien 121<sup>1/2</sup>. Louisville u. Nashville-Actien 80<sup>1/2</sup>. New York, Lake, Erie- u. Western-Actien 31<sup>1/2</sup>. New York, Central- u. Hudson-River-Act. 114<sup>1/8</sup>. Northern-Pacific-Preferred-Act. 67<sup>1/2</sup>. Norfolk- u. Western-Preferred-Actien 50<sup>1/2</sup>. Atchison Topeka and Santa Fe-Actien 42. Union-Pacific-Actien 47<sup>1/4</sup>. Denver- u. Rio-Grand-Preferred-Actien 45<sup>1/2</sup>. Silber-Bullion 92<sup>1/2</sup>. Baumolle in Newark 75<sup>1/2</sup>, do. in New Orleans 7<sup>1/2</sup>. Raffin. Petroleum Standard white in Newark 6,45 Bd., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Bd., rohes Petroleum in Newark 5,80, do. Pipe-

line Certificates per Febr. 62 $\frac{1}{4}$ . Ziemlich fest. Schmalz  
loco 6.67, do. Rohe u. Brothers 6.95. — Zucker  
(Fair refining Muscovados) 3. — Raffee (Fair  
Rio-) 13 $\frac{3}{4}$ , Rio Nr. 7, low ord. per Februar 12.47, per  
April 12.05.

Newyork, 21. Januar. Wechsel auf London 4.83½.  
— Rothe Weizen loco 1.03⅓, per Januar 1.02⅓.  
Fr Febr. 1.02⅓, per Mai 1.02⅓. — Mehl loco 4.15.  
Mais per Jan. 49⅓. — Zucker 3½. — Fracht 3.

## Productenmärkte.

**Stettin**, 21. Jan. Getreidemarkt. Weizen ermattend, loco 212—219, per Januar 220,00, vor April-Mai 216,00. — Roggen ermattend, loco 212—218, per Jan. 222,00, per April-Mai 219,00. — Pommerischer Hafer loco neuer 153,00 — 162,00. — Rüböl unverändert, loco per Jan. 57,00, per April-Mai 57,00. — Spiritus matt, loco ohne 50 M Consumsteuer —, 70 M Consumsteuer 46,50, per Januar 46,40, per April-Mai 47,80. — Petroleum loco 11,00.

Berlin, 21. Januar. Weizen loco 207—226 M., per Januar 209,50—208,00—209 M., per April—Mai 209,00—207—208 M., per Mai—Juni 209,50—207,75—208,75 M., per Juni—Juli 210,25—208,50—209,50 M.—Roggen loco 212—222 M. abgelauf. Rünnigungsschein vom 19. Jan. 219,50—218 M. mittel inländ. 215 bis 216 M. guter inländ. 218—218,50 M. ab Bahn, per Januar 221,50—218,50—219,25 M., per April—Mai 214,50—213,50—214,50 M., per Mai—Juni 211,50—210,50—211,50 M., per Juni—Juli 209 25—207,75

**Berliner Viehmarkt.**  
Berlin, 22. Januar. Zum Verkauf standen 840 Rind  
1197 Schweine, darunter 243 Bakonier, 713 Räib  
1293 Hammel. — Bei Kindern fand ein nennenswerter  
Umsatz nicht statt. — Für inländische Schweine ver-  
der Markt bei unveränderten Preisen wie am Mont-

## Berliner Fondsbörse vom 21. Januar.

Die heutige Börse eröffnete in festerer Haltung und mit zum Theil etwas erhöhten Coursen auf speculativem Gebiet, wie auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen günstiger lauteten. Das Geschäft entwickelte sich auf einigen Gebieten etwas lebhafter, ohne doch im ganzen großen Umfange zu gewinnen. Bei sehr zurückhaltendem Angebot und hervortretendem Deckungsbegehr konnten die Course sich anfangs noch etwas bessern, jedoch machte sich weiterhin in Folge von Realisationen theilweise eine kleine Abschwächung geltend. Der Börsenschluß blieb fest. Der Kapitalmarkt wies gute Festigkeit auf für heimliche solide Anlagen bei mäßigen

Deutsche Fonds.			Rumänische amort. Anl.	5
Deutsche Reichs-Anleihe	4	106,80	do.	4% Rente . .
do.	do.	99,25	Türk. Admin.-Anleihe	5
do.	do.	84,70	Türk. conv. 1% Anl. Ca.D.	1
Konsolidirte Anleihe . .	4	106,70	Serbische Gold-Pfdbr.	5
do.	do.	99,20	do.	Rente . . . . .
do.	do.	84,70	do.	neue Rente . . .
Staats-Schuldscheine . .	3½	99,90	Griech. Goldbank. v. 1890	5
Östpreuß. Prov.-Oblig.	3½	93,20	Mexican. Anl. d. u. v. 1890	6
Westpr. Prov.-Oblig.	3½	94,90	do.	Eisenb. St.-Anl.
Landsch. Centr.-Pfdbr.	3½	96,00	(1 Lstr. = 20,40 M)	5
Östpreuß. Pfandbriefe .	3½	95,20	Rom II.-VIII. Serie (gar.)	4
Pommersche Pfandbr.	3½	95,80		
Polenische neue Pfdbr.	4	101,60	Hypotheken-Pfandbriefe	
do.	do.	95,80	Danz. Hypoth.-Pfandbr.	4
Westpreuß. Pfandbriefe	3½	95,25	do.	do.
do.	neue Pfandbr.	95,50	do.	3½
Pomm. Rentenbriefe . .	4	102,70	Dtisch. Grundsch.-Pfdbr.	4
Polenische do.	4	102,40	Hamb. Hypoth.-Pfdbr.	4
Preußische do.	4	102,40	Neiminger Hyp.-Pfdbr.	4
			Nordde. Erd.-Sch.-Pfdbr.	

## Eisenbahn-Stamm- und Stamm - Prioritäts - Actie

Ausländische Fonds.		Dom. Hypoth.-Pfdbr. neue gar.				Eisenbahn-Stamm- und Stamm - Prioritäts - Actien.	
Desterr. Goldrente . . .	4	95,90	do.	do.	do.	4	—
Desterr. Papier-Rente . .	5	88,75	III.	IV.	Em.	4	101,00
do. do. . .	41/5	81,00	V.	VI.	Em.	4	101,00
do. Gilber-Rente . .	41/5	80,90	Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.			4	115,00
Ungar. Eisenb.-Anleihe .	41/2	—	Pr. Central-Bod.-Cr.-B.			4	101,50
do. Papier-Rente . .	5	88,75	do.	do.	do.	31/2	93,25
do. Gold-Rente . .	4	93,00	do.	do.	do.	4	102,75
Russ.-Engl. Anleihe 1880	4	92,70	Pr. Hypoth.-Actien-Bk.			4	101,20
do. Rente 1883	6	103,80	Pr. Hypoth.-D.-A.-G.-C.			41/2	100,00
do. Rente 1884	5	100,50	do.	do.	do.	4	100,80
Russ. Anleihe von 1889	4	—	do.	do.	do.	31/2	93,10
Russ. 2. Orient-Anleihe .	5	63,70	Stettiner Rat.-Hypoth.			5	—
do. 3. Orient-Anleihe .	5	63,70	do.	do.		41/2	103,00
Poln. Liquidat.-Pfdbr. .	4	60,25	do.	do.		4	99,90
Poln. Pfandbriefe . . .	5	62,80	Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr.			5	100,40
Italienische Rente . . .	5	90,90	Russ. Central- . . .			5	86,20

156,25 M., per Juni-Juli 157,75—155,75—156,50 M.  
 — Mais loco 157—172 M., per April-Mai 122,50—  
 122 M. — Gerste loco 160—205 M. — Kartoffel-  
 mehl loco 35,25 M. — Trockene Kartoffelfäcke loco  
 35,25 M. — Feuchte Kartoffelfäcke loco 20,00 M.  
 — Erbsen loco Futtermaize 172—185 M., Kochmaize  
 195—250 M. — Weizenmehl Nr. 00 29,50—27,50 M.  
 Nr. 0 25,50 bis 23,50 M. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1  
 30,25—29,00 M. ff. Marken 33,00 M., per Januar  
 29,80—29,90 M., per Jan.-Febr. 29,80—29,90 M., per  
 April-Mai 29,10—28,95—29,05 M., per Juni-Juli — M.  
 Petroleum loco 24,0 M., per Januar-Februar 24,2 M.—  
 Rüböl ohne Fak 56,3 M., per April-Mai  
 57,1—56,8—56,9 M., per Septbr.-Okt. 55,9 M. —  
 Spiritus ohne Fak loco unversteuert (50 M) 66,5 M.  
 ohne Fak loco unversteuert (70 M) 47,2 M., per Jan.  
 47,2—46,8—47,1 M., per Januar-Februar 47,2—46,8—  
 47,1 M., per April-Mai 48,2—47,5—48,1—47,9 M.,  
 per Mai-Juni 48,3—47,7—48,1 M., per Juni-Juli 48,4—  
 48—48,4 M., per Juli-August 48,7—48,2—48,6 M.,  
 per September-Oktober 48,6—48,1—48,5 M.

Magdeburg, 21. Jan. Zuckerbericht. Rorzucker excl. von 92% 19,50. Rorzucker excl. 88% Rendement 18,55. Nachprodukte excl. 75% Rendement 16,10. Steig. Brodrcaffinade I. 30,00. Brodrcaffinade II. 29,75. Gem. Raffinade mit Fäss 29,75. Gem. Melis I. mit Fäss 28,50. Ruhig. Rohzucker I. Product Tranito f. a. B. Hamburg per Januar 14,77½ bez. und Br. per Februar 14,72½ Bd., 14,77½ Br. per März 14,90 Bd., 14,92½ Br. per Mai 15,15 bez. und Br. Still.

**Berliner Viehmarkt.**  
Berlin, 22. Januar. Zum Verkauf standen 840 Rinder,  
1197 Schweine, darunter 243 Bakonier, 713 Rälber,  
1293 Hammel. — Bei Kindern fand ein nennenswerther  
Umfang nicht statt. — Für inländische Schweine verlief  
der Markt bei unveränderten Preisen wie am Montag,

och blieb kein Ueberstand. 1. fehlte, 2. und 3. Qualität rachten 40—50 M per 100 kg mit 20 % Tara. Säknonier wurden nur wenige umgesetzt, auch hier fand eine Preisveränderung statt. Man zahlte je nach Qualität 46—48 M per 100 kg mit 50—55 % Tara. — Der Kälberhandel gestaltete sich gedrückter als am Montag, 1. Qualität 53—63 M. ausgesuchte Waare darüber, 2. Qualität 45—52, 3. Qualität 37—44 Pf. per kg Fleischgewicht. Hammel, sämmtlich Ueberände vom Montag, wurden nicht gehandelt.

befördern und die Schleimhäute gründlich auszuheilen. Fays echte Godener Mineral-Pastillen sind ein Product dieser Salze, werden unter ärztlicher Controle und Ueberwachung bereitet und bewahren sich auf Grund ihres mineralischen Gehaltes als das unerreicht beste diesbezügliche Linderungs- und Heilmittel unserer Zeit. Alle Apotheken und Droguerien führen diese trefflichen Pastillen. Preis 85 Pf. per Schachtel.

Für Reich und Arm! Jede scharf gelaugte  
Pillette-Seife rui-

nirt die Haut, vermittelt vorzeitiges Altern, Runzeln, Gesichtsröthe etc. Bedient man sich beim Waschen anstatt solcher der milden, vollkommen neutralen

## Dörings Geise mit der Eule,

bekanntlich der besten Seife der Welt, erzielt man schönen Teint, frisches Aussehen, zarte und schöne Haut. Preis 40 Pf. Zu haben in allen Parfümerien, Droguerien und Colonialwarengeschäften.

Ein großer Fehler ist es, daß Blutarme und Bleich-süchtige meistens erst dann die ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, wenn die Krankheit schon so eingewurzelt ist und der Magen schon so verdorben ist, daß er häufig die einzige wirksame Substanz „Eisen“ nicht mehr verträgt. Alle solch' geschwächte Kranken wird es interessiren, daß die Kölner Klosterpills eine derartige Zusammensetzung haben, daß das darin enthaltene Eisen nicht nur selbst vom geschwächten Magen vertragen wird, sondern daß der Gebrauch dieses Präparats den Magen stärkt, den Appetit verbessert und überhaupt alle Krankheitsscheinungen beseitigt. Die vielen Anerkennungsschreiben bestätigen, daß die Kölner Klosterpills vor allen anderen Eisenpräparaten den Vorzug verdienen. Die Schachtel mit 180 Pillen a 1,50 M in Apotheken zu haben.

**Geld wird verloren**, wenn man bei Verkatarrhen, heiserkeit zur Bekämpfung und Hebung dieser Uebel solches für etwas anderes ausgabe, also etwas anderes kaufen würde, als **Fans echte Godener Mineral-Pastillen**. Nach den neuesten Erfahrungen sind die mineralischen Salze das beste Mittel, um die katarrhalischen Leiden zu beseitigen, den Auswurf zu

† Jinsen vom Staate gar. D.v. 1890,	Bank- und Industrie-Actien. 1890.	A. B. Omnibusgesellsc.	207	75	12½
Kronpr.-Rud.-Bahn . . . . .	43½	89,40	Gr. Berl. Pferdebahn . . . . .	227,00	12½
Lüttich-Limburg . . . . .	0,4	21,00	Berlin. Bäppen-Fabrik . . . . .	94,00	7
Desterr. Franz.-St. . . . .	4	127,60	Wilmshütte . . . . .	61,25	—
† do. Nordwestbahn . . . . .	43½	92,80	Oberleit. Eisenb.-B. . . . .	60,00	5
do. Lit. B. . . . .	5½	104,60			
+ Reichenb.-Pardub. . . . .	3,81	78,10	Berg- u. Hüttengegesellschaften.		
Russ. Staatsbahnen . . . . .	6,56	128,00	Div. 1890		
Russ. Südwestbahn . . . . .	5,93	70,40	Dortm. Union-St.-Prior. . . . .	—	
Schweiz. Unionb. . . . .	4½	71,70	Königs- u. Laurahütte . . . . .	112,00	8
do. Weltb. . . . .	—	—	Görlberg, Jink . . . . .	54,50	3½
Güdösterr. Lombard . . . . .	½/5	44,90	do. St.-Pr. . . . .	116,75	8½
Warschau-Wien . . . . .	18½/3	215,25	Victoria-Hütte . . . . .	—	

## Ausländische Prioritäten

Gottthard-Bahn		102,50	Gothaer Gründcr.-Bk.	83,00	Amsterdam	8 Tg.	3	168,55	
Italien. 3% gar. E.-Pr.	5	56,50	Hamb. Commerz.-Bank	112,00	do.	2 Mon.	3	168,15	
Raach.-Öderb. Gold-Br.	3	97,25	Hannöverische Bank	110,50	5 1/3	do.	3	20,365	
Kronpr.-Rudolf.-Bahn	4	81,80	Königsb. Vereins-Bank	94,10	4	do.	3	20,275	
Desterr.-Fr.-Glaatsb.	3	84,10	Lübeck. Commin.-Bank	113,50	7	Paris	3	80,95	
Desterr. Nordwestbahn	5	92,20	Magdbr. Privat-Bank	101,60	6 1/2	Brüssel	3	80,90	
do. Elbthalb.	5	92,00	Meiningen Hypoth.-B.	101,00	—	do.	2 Mon.	3	80,65
Güdößterr. B. Lomb.	3	63,00	Norddeutsche Bank	—	8 1/2	Wien	3	172,15	
do. 5% Oblig.		103,50	Desterr. Credit-Anstalt	164,10	10 1/8	do.	2 Mon.	4	171,35
Ungar. Nordostbahn.	5	88,00	Pomm. Hyp.-Act.-Bank	—	—	Petersburg	3 Wch.	6	198,05
do. do. Gold-Br.	5	103,70	do. do. conv. neue	107,50	—	do.	3 Mon.	6	196,50
Anatol. Bahnen	5	84,00	Pojener Provinz.-Bank	106,00	6 1/2	Marischau	8 Tg.	5	199,10
Breit-Grajewo	5	93,90	Preuß. Boden-Credit	119,00	7	Liscont der Reichsbank	3 1/2 %.		
Kursk-Charkow	4	88,10	Pr. Centr. Boden-Cred.	152,50	10	Sorten.			
Kursk-Kiem	4	85,80	Schaffhaus. Bankverein	106,00	6	Dukaten			
Mosko-Rjasan	4	87,50	Schlesischer Bankverein	109,70	7	Gouvernungs			
Mosko-Smolensk	5	99,30	Güdd. Bod.-Credit-Bk.	157,00	6 1/2	20-Francs-St.			
Orient. Eisenb.-B.-Ob.	4 1/2	98,00				Imperials per 500 Gr.			
Rjalan-Roslow.	4	85,30	Danziger Delmühle	124,50	13	Dollar			
Warschau-Terespol	5	99,30	do. Prioritäts-Act.	115,75	11	Englische Banknoten			
Oregon Railw. Nav. Bds.	5	94,75	Neufeldt-Metallwaren	—	4	Französische Banknoten			
Northern-Pacif.-Eif. III.	6	105,75	Bauverein Passage	69,50	3	Desterr. eichd. Banknoten			
do. do.		84,10	Deutsche Bauagellschaft	71,00	2 1/4	Russische Banknoten			